

# HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2018 / Ausgabe 141 - 22. März 2018



**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,  
LIEBE FREUNDE,**

**Zukunft der EU.** Nach der historisch langen Hängepartie bis zu ihrer Bildung steht die neue Bundesregierung vor einer ersten Mammutaufgabe: Wie geht es weiter mit Europa? Die Vorschläge der Kommission und des französischen Präsidenten Macron liegen seit Monaten auf dem Tisch. Einer Vertiefung der Europäischen Union sollten und müssen wir nur dort offen gegenüberstehen, wo es der Gemeinschaftscharakter der Aufgabe erfordert, zum Beispiel beim Schutz der europäischen Außengrenzen.

---

*Die Bundesregierung muss die ausgestreckte Hand des französischen Präsidenten ergreifen, darf sich von Macron aber auf gar keinen Fall über den Tisch ziehen lassen.*

---

**Bürokratieabbau.** Seit dieser Legislaturperiode bin ich für meine Fraktion Berichterstatter für das wichtige Thema Bürokratieabbau. Ich werde meine Arbeit beherzt aufnehmen, brauche dafür aber auch Ihre Hilfe: Bitte füttern Sie mich mit Hinweisen, wo Ihrer Meinung nach unnötige Bürokratie die Bürger unseres Landes knechtet.

**Breitbandausbau.** Der Koalitionsvertrag stellt die Weichen für die Gigabit-Gesellschaft. Um in allen Regionen und vor allem in ländlichen Räumen Anschluss an die Zukunft zu halten, werden für den Ausbau der Breitbandversorgung und damit für das schnelle Internet 10 bis 12 Milliarden Euro bereitgestellt. Die gesteckten Ziele sind durchaus ambitioniert.

## IN DIESER AUSGABE

*Zukunft der EU*

*Bürokratieabbau*

*Breitbandausbau*

*ILA*

*Ausblick*

### Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73124  
Fax: (030) 227 76124  
[klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de)  
[www.klaus-peter-willsch.de](http://www.klaus-peter-willsch.de)

### Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Hirsenstr. 13  
65329 Hohenstein  
Tel.: (06120) 91 00 51  
Fax: (06120) 91 00 52  
[klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de)



## ZUKUNFT DER EU

Nach der historisch langen Hängepartie bis zu ihrer Bildung steht die neue Bundesregierung vor einer ersten Mammutaufgabe: Wie geht es weiter mit Europa? Die Vorschläge der Europäischen Kommission liegen seit dem vergangenen Nikolaustag auf dem Tisch. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat seine Vorstellungen von einem neuen Europa bereits kurz nach der Bundestagswahl vorgestellt.

Im Kern geht es bei beiden Vorstößen um die Umwandlung der Stabilitätsunion zu einer Transferunion – in Vollendung. De facto haften die haushalterisch solider aufgestellten Staaten der Wirtschafts- und Währungsunion bereits heute in einem gigantischen und historisch noch nie dagewesenen Ausmaß für die Länder mit Weichwährungs-tradition. Die Kanäle und Töpfe, über die die Transfers vor allem von Nord nach Süd geleitet werden, haben sich mittlerweile selbst für Insider zu einem undurchsichtigen Geflecht verfilzt. KfW, EFSM, EFSF, ESM, IWF, Target, QE, ELA, ANFA – den deutschen Haftungsanteil auf den Euro genau zu beziffern, ist nur eingeschränkt möglich. Allein der Target 2-Saldo beläuft sich auf 900 Milliarden Euro zu Ungunsten der Deutschen Bundesbank.

Die im Zuge der Euro-Krise im Frühjahr 2010 ergriffenen ad hoc-Maßnahmen haben sich nicht nur verstetigt. Die Kommission und eine Phalanx südeuropäischer Länder wollen sie nun endgültig institutionalisieren. So soll zum Beispiel der Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) in einen Europäischen Währungsfonds (EWF) umgewandelt werden. Bislang hatten die Vertreter der Mitgliedsstaaten hier den Hut auf, jetzt soll die Verantwortung auf die Europäische Kommission übergehen – inklusive einem eigenen europäischen Finanzminister mit eigenem Haushalt.

Juncker, Macron & Co. geben vor, das Dach der Wirtschafts- und Währungsunion wetterfest machen zu wollen. Das ist Camouflage, sie streben nach mehr Macht und mehr Geld für

sich selbst. Das haben jüngst auch Irland, die Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland sowie die baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland erkannt. Deren Finanzminister haben in einem offenen Brief ihre Stimme gegen die Vorstöße aus Brüssel und Paris erhoben. Denn die Rechnung geht von dort zwar zum Großteil nach Berlin – aber eben nur zum Großteil. Den Rest müssen die anderen stabilitätsorientierten Staaten begleichen – und die möchten wenigstens vorab gefragt werden.

Die gemeinsame Erklärung der acht EU-Mitgliedstaaten aus dem nördlichen Europa offenbart eine Zeitenwende. Bislang brauchten diese Staaten nicht ihre Stimme zu erheben, weil sie ihre Interessen von Deutschland (und auch von Großbritannien) vertreten sahen. Die Bundesregierung zieht aus dem Brexit die falschen Schlüsse. Sie versucht nicht, die Briten mit einer Rückkehr zu mehr Eigenverantwortung und Subsidiarität vielleicht doch noch in der Europäischen Union zu halten. Viel schlimmer: Sie lässt sich in die offenen Arme von Macron fallen. Der Europeil des Koalitionsvertrags nährt schlimmste Befürchtungen: Von Solidität ist keine Rede mehr, jetzt geht es um Solidarität um jeden Preis.

Und der Preis ist hoch. Das gilt nicht nur für das Geld der deutschen Steuerzahler. Die europäische Idee wird über kurz oder lang an der womöglich gut gemeinten, aber letztendlich falschen deutschen Solidarität zerbrechen. Nimmt man die vier mittelosteuropäischen Staaten der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) hinzu, die eine europäische Verteilung von muslimischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten als deutsches Oktroi auffassen, hat die Bundesregierung inzwischen zwölf (!) Mitgliedstaaten gegen sich aufgebracht. Berechtig oder nicht – diese zwölf Staaten betrachten die deutsche Solidarität als (höchst) unsolidarisch gegenüber sich selbst. Bevor die Bundesregierung Macrons vorausgefüllten Aufnahmeantrag im Club Med unterschreibt, sollte sie sich besinnen!

Aus dieser verzwickten Situation gibt es nämlich nur einen Ausweg: Jeder muss sich strikt an das vereinbarte Regelwerk halten. Die Regeln sind gut. Unsere besten Leute haben sie seinerzeit ausgearbeitet. Die mangelnde Einhaltung ist das Problem. Und auch die neuen Regeln werden nicht eingehalten. Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, dass man fiskalische Disziplin nicht von außen durchsetzen kann. Und selbst wenn dies im Einzelfall kurzfristig gelingt, gibt es keine Nachhaltigkeit, weil die innenpolitischen Kosten hierfür sehr hoch sind. Deutschland darf hier keinesfalls dauerhaft einspringen. Während wir hierzulande um eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags ringen, führen wir ihn auf europäischer Ebene ein. Eine gemeinsame europäische Einlagensicherung wird zum Albtraum der deutschen Sparer werden. Im europäischen Bankensystem schlummern faule und bereits verfaulte Kredite in Billionenhöhe. Keine Versicherung dieser Welt würde für einen Schadensfall eintreten, der bei Vertragsschluss bereits eingetreten ist. Aber genau darauf läuft es bei der Bankenunion hinaus.

Einer Vertiefung der Europäischen Union sollten und müssen wir dort offen gegenüberstehen, wo es der Gemeinschaftscharakter der Aufgabe erfordert. Das ist zum Beispiel beim Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union der Fall. Die Bundesregierung muss die ausgestreckte Hand des französischen Präsidenten ergreifen, darf sich von Macron aber auf gar keinen Fall über den Tisch ziehen lassen. Danach sieht es derzeit leider aus. Und am Ende sind die selbsternannten Retter der europäischen Ideale seine wahren Totengräber. Das würde dem letzten Akt der griechischen Tragödie gleichkommen, in der Deutschland seit Jahren unverschuldet die Hauptrolle spielt.

## BÜROKRATIEABBAU

Seit dieser Legislaturperiode bin ich für meine Fraktion Berichterstatter im Ausschuss für

Wirtschaft und Energie für das wichtige Thema Bürokratieabbau. Unnötige Bürokratie ist eine Wachstumsbremse, die gerade den Mittelstand besonders belastet. Wir müssen übermäßige Regulierungen abschaffen und Planungsverfahren beschleunigen. Es kann nicht sein, dass ein innovations- und investitionswilliger Unternehmer zwei Drittel seiner Zeit über Anträgen und Formularen brüht, bevor er sich in sein unternehmerisches Handeln stürzen kann. Für unsere Mittelstandspolitik muss gelten: Rückenwind statt Hürdenlauf.

Der Koalitionsvertrag gibt dazu glücklicherweise einiges her. Allein 18 Treffer zum Thema weist das Stichwortverzeichnis am Ende des Vertrages auf. Kaum ein anderes Thema wird dort so prominent behandelt. Bürokratieabbau ist aktive Wirtschaftspolitik. Wir wollen die Wirtschaft entlasten und ihr so neue Freiräume für ihr Kerngeschäft und neue Investitionen schaffen.

Wir wollen unsere Gründerszene stärken. In der Start- und Übergangsphase soll die Bürokratiebelastung auf ein Mindestmaß reduziert werden. In den ersten beiden Jahren nach Gründung werden wir die Unternehmen von der monatlichen Voranmeldung der Umsatzsteuer befreien.

Bereits am 1. Januar 2015 ist die Bürokratiebremse in Kraft getreten. Seitdem gilt der „One in, one out“-Grundsatz, d.h., jedes Bundesministerium soll im gleichen Maße, in dem es durch neue Regelungen Bürokratie schafft, an anderer Stelle Belastungen abbauen. De facto wurde seit Einführung der Bremse mehr Bürokratie ab- als aufgebaut.

In dieser Legislaturperiode wollen wir mit einem neuen (dritten) Bürokratieabbaugesetz insbesondere die Statistikpflichten verringern. Zur Erarbeitung konkreter Vorschläge soll hierzu eine ressortübergreifende Bund-/Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt werden. Wir streben aber auch die Vereinheitlichung von Grenz- und Schwellenwerten in verschiedenen Rechtsbereichen, die Harmonisierung, z. B.

von handels- und steuerrechtlichen Vorschriften, zeitnahe Betriebsprüfungen durch die Finanzbehörden, die Vermeidung von Doppelmeldung zur Berufsgenossenschaft, die Überprüfung von Schwellenwerten, vor allem im Steuer- und Sozialrecht, sowie bei Berichtspflichten und der Verwendungspflicht bestimmter Formulare an.

Wir wollen auch ein Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz verabschieden. Mit frühzeitiger Bürgerbeteiligung, weniger Bürokratie und gezieltem Personaleinsatz sollen unsere öffentlichen Verkehrswege schneller geplant und gebaut werden. Das ist zwar richtig und wichtig, wird bei den vielen Ortsumgehungen, die auch in meinem Wahlkreis in der Warteschleife verharren, nicht helfen. Denn die Bereitstellung von Planungskapazitäten liegt in der Zuständigkeit der Länder. In Hessen fehlt es uns zum Beispiel an allen Ecken und Enden an Planern, sodass trotz sichergestellter Baufinanzierung seitens des Bundes wichtige Projekte (wie in meinem Fall mehrere Ortsumgehungen im Zuge der B 8) nicht angegangen werden.

Auf europäischer Ebene wollen wir für die Einführung einer Bürokratiebremse nach deutschem Vorbild werben. Zumindest werden wir bei der Umsetzung europäischer Vorgaben strikt darauf achten, diese nicht noch mit zusätzlichen bürokratischen Belastungen zu versehen.

**Das hört sich alles nach viel Arbeit und einem Kampf gegen (bürokratische) Windmühlen an. Ich werde meine Arbeit beherzt aufnehmen, brauche dafür aber auch Ihre Hilfe: Bitte füttern Sie mich mit Hinweisen, wo Ihrer Meinung nach unnötige Bürokratie die Bürger unseres Landes knechtet.** Je konkreter und anschaulicher Ihre Schilderungen sind, desto besser. Ein (vermeintlicher) Missstand wird sich nicht immer (sofort) beheben lassen, aber einen Versuch ist es allemal wert. Ich war schon immer ein überzeugter Anhänger eines schlanken Staates.

## BREITBANDAUSBAU

Der Koalitionsvertrag stellt die Weichen für die Gigabit-Gesellschaft. Um in allen Regionen und vor allem in ländlichen Räumen Anschluss an die Zukunft zu halten, werden für den Ausbau der Breitbandversorgung und damit für das schnelle Internet 10 bis 12 Milliarden Euro bereitgestellt.

Die gesteckten Ziele sind durchaus ambitioniert: So soll der flächendeckende Ausbau mit Gigabit-Netzen bis 2025 erreicht und ein Rechtsanspruch auf einen flächendeckenden Zugang zum Internet für alle Bürger gewährt werden. Darüber hinaus soll Deutschland zum Leitmarkt für den Mobilfunk der fünften Generation (5G) werden. So bereiten wir eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, aber auch für ein modernes Leben in unserem Land. Denn die fortschreitende Digitalisierung stellt besonders den Mittelstand mit seinen 3,7 Millionen Betrieben und Familienunternehmen, dem Handwerk und den Freien Berufen vor große Herausforderungen.

Als Abgeordneter eines ländlich geprägten Wahlkreises ist die Herausstellung des ländlichen Raums eine gute Nachricht. Denn die Versorgung mit schnellem Internet und lückenlosen Mobilfunknetzen ist bereits jetzt ein wesentlicher Standortfaktor. Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung wird dieser Faktor in Zukunft noch wichtiger werden. Daher gilt es, schnellstmöglich die Divergenzen zwischen urbanen und ländlichen Räumen zu beheben. Noch immer sind einzelne Ortsteile gänzlich vom mobilen Internet abgeschnitten, teilweise sind noch nicht einmal Mobilfunkgespräche möglich.

Gemeinsam mit meinen Kollegen aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordere ich, dass sich der Netzausbau an den Verkehrswegen orientiert. Die 5G-Netze werden neben stationären Anwendungen auch für



innovative Mobilitätsdienste wie das automatisierte bzw. in einem späteren Stadium das autonome Fahren genutzt werden können. Dafür müssen die Grundlagen schon jetzt gelegt werden. Darüber hinaus darf beim 5G-Ausbau die Versorgung der Haushalte nicht hinter die verpflichtende Netzabdeckung des bis dahin ausgebauten 4G-Netzes (98% der Haushalte bundesweit, 97% der Haushalte pro Bundesland) zurückfallen.

Der Ausbau in unterversorgten Gebieten soll durch die Möglichkeit des nationalen Roamings für die Mobilfunkanbieter wirtschaftlich attraktiver gemacht werden. Denn bisher gibt es Regionen, die aufgrund wirtschaftlich fehlender Attraktivität sogar von den Mobilfunkanbietern außenvorgelassen werden, die grundsätzlich mit einem flächendeckenden Netz für ihre Kunden werben. Außerdem profitiert der Bürger immer nur von dem Ausbau des Netzbetreibers, mit dem er einen Vertrag geschlossen hat. Darüber hinaus werden neue Lizenzen mit Auflagen versehen, bestehende Funklöcher zu beseitigen.

Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass öffentliche Fördermittel nur für Ausbauabschnitte bereitgestellt werden, die mit Glasfasertechnologie ausgebaut werden. Es ist zwar richtig, dass wir keine Projekte mit Kupferverkabelung mehr fördern, aber für das Erreichen vollständiger Flächenabdeckung plädiere ich für einen technologieoffenen Ansatz. Denn das 5G-Netz erfordert aufgrund seiner engmaschigen Netzstruktur und des notwendigen Anschlusses der Funkstationen sehr hohe finanzielle Investitionen. Teilweise wird der Ausbau noch zusätzlich durch schwierige Topographie erschwert.

Wenn wir heute darüber diskutieren, wie wir die Herausforderungen der Digitalisierung meistern können, dann muss das immer

auch heißen, Bewusstsein zu schaffen für die Tatsache, dass die Raumfahrt dabei eine zentrale Rolle spielen muss – von der satellitengestützten Bereitstellung von Diensten und Daten, über Internet und Erdbeobachtung bis hin zu Mobilität und hochpräzisen Positionssystemen.

Nicht immer ist das jedem bewusst. Und das ist wohl gleichsam auch der Wermutstropfen technologischer Meilensteine: Man gewöhnt sich schnell an sie. Doch wenn heute nicht nur unser Smartphone, sondern auch Auto, Kühlschrank und Kaffeemaschine wie selbstverständlich auf Satellitendienste zurückgreifen, dann wird offenbar, dass die Raumfahrt samt ihrer Errungenschaften aus unserer heutigen Zeit nicht mehr wegzudenken ist.

Das betrifft auch die ambitionierten Ziele des Breitbandausbaus. Die letzten drei, vier, fünf Prozent auf dem Weg zur flächendeckenden Breitbandversorgung, das sind die vielen Dörfer und breitbandtechnisch weißen Flecken im ländlichen Raum. Hier kann die Raumfahrt mit satellitengestützter Breitbandversorgung einen wichtigen komplementären Beitrag zum Glasfaserausbau leisten.

Seit Jahren und Jahrzehnten ist die Raumfahrt bereits Rückgrat unserer modernen Gesellschaft. Und wie sich zeigt: Sie ist nicht nur wichtig, sie wird auch immer wichtiger. Für ihr Fundament – das öffentliche Interesse und damit auch die nötige politische Aufmerksamkeit – müssen wir daher unermüdlich werben und sensibilisieren, wenn die 4.0-Transformation gelingen soll. Denn sie ist unmittelbar mit der technologischen Infrastruktur, Ausstattung und Weiterentwicklung der Raumfahrt verknüpft.

## ILA

Bereits im kommenden April, genauer vom 25. - 29. April 2018, wird mit der ILA Berlin Air Show eine der weltweit bedeutendsten Fachmessen im Bereich der Luft- und Raumfahrt bei uns in der Hauptstadt gastieren und dabei wieder ein spektakuläres Programm und eine hochinteressante Ausstellung samt Gesprächspartnern bereithalten.

Unter dem Motto „Innovation and Leadership in Aerospace“ zeigen auf der ILA mehr als 1.000 Aussteller ihr Know-how – von ziviler Luftfahrt über Verteidigung und Sicherheit bis Raumfahrt, vom Großkonzern bis zum hoch spezialisierten Zulieferer. Nirgendwo sonst ist man so nah am Puls von Gegenwart und Zukunft beeindruckender Luft- und Raumfahrtstechnik. Als Aushängeschild der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie kommt hier alles zusammen, was in der dritten Dimension Rang und Namen hat.

Die ILA ist somit zweifelsohne für jeden Enthusiasten ein absolutes Muss. Und mit Frankreich als unserem diesjährigen Partnerland unterstreichen wir dabei auch und gerade die Bedeutung der Zusammenarbeit unserer beiden Länder in diesem innovativen Hochtechnologiesektor. Ich werde da sein, Sie hoffentlich auch.

## AUSBLICK

Deutschland hat seit Anfang März endlich eine Regierung. Ich habe immer eine Minderheitenregierung gegenüber der Neuaufgabe einer Großen Koalition bevorzugt. Dementsprechend habe ich den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD auf dem CDU-Bundesparteitag vom 26. Februar auch abgelehnt.

Die Lage ist, wie sie ist. Nun gilt es, keine Zeit zu verlieren und die Dinge anzupacken – für

unser Land und für seine Menschen. Seit Wochen und Monaten haut uns die Opposition ihre Anträge um die Ohren. Die geschäftsführende Bundesregierung versteckte sich in vielen Fällen dahinter, eben nur geschäftsführend im Amt zu sein. Vor kurzem hat die AfD in einem Antrag eine striktere Kontrolle der deutschen Staatsgrenzen gefordert. Der Antrag ging in die richtige Richtung und zeigte notwendige Schritte auf – also Dinge, die ich und viele andere – darunter der ehemalige bayerische Ministerpräsident und jetzige Innenminister Horst Seehofer – schon seit längerer Zeit einfordern.

Nach Angaben der Bundespolizei wurden im Jahr 2017 über 50.000 illegale Einreisen in unser Land registriert. Die Dunkelziffer ist um ein vielfaches höher. Nachdem an der deutsch-österreichischen Grenze vermehrt kontrolliert wurde, haben sich die (illegalen) Reisewege in unser Land geändert. Österreich ist nur noch ein Einfallstor von vielen. Über Spanien, Frankreich, die Schweiz und auch Belgien kommen viele illegale Einwanderer aus (Nord-)Afrika. Die Einreise über Polen und Tschechien wird leider auch immer beliebter. Es wird aber weiterhin offiziell nur an der Grenze zu Österreich und an den Flughäfen (bei Flügen aus Griechenland) innerhalb des Schengen-Raumes kontrolliert.

Ich habe erwartet, dass wir angesichts dieser Lage parallel zum Antrag der AfD eine ähnliche Initiative einbringen. Aufgrund der gerade erst neu eingesetzten Bundesregierung war dies jedoch kurzfristig nicht umsetzbar. Ich habe mich deshalb meiner Stimme enthalten. Ich habe dies mit Blick auf die eigene Fraktionsführung getan, um dort den Druck zu erhöhen, sich dieses Themas anzunehmen. Die Probleme müssen angegangen werden und dürfen nicht ausgesessen werden. Probleme dieser Art kann man nicht aussitzen. Die Angelegenheit ist dringend.

Der bereits mehrfach verlängerte Beschluss, der Grenzkontrollen ermöglicht, läuft schon im Mai aus. Und die EU drängt auf ein Ende!

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Akzeptanz für legale Migration kann man aber nur erreichen, wenn man illegale Migration auf ein Mindestmaß reduziert. Es ist auch äußerst unfair für jeden, der sich ordentlich auf einer deutschen Botschaft um ein Visum bewirbt, wenn wir jeden, der will, in unser Land lassen. 80 Prozent kommen übrigens ohne Ausweispapiere. Es geht hier nicht um Mauern oder Stacheldrähte. Es gibt auch andere Mittel und Wege, zum Beispiel den Einsatz von Fahrzeugen mit Wärmebildkameras. Auf diese Art und Weise erkennt man sofort, ob in einem LKW aus Österreich eine Ladung Red Bull Dosen ist – oder 50 Illegale.

Am 20. März habe ich in der Phoenix Runde zusammen mit Ahmad Mansour, Ekin Deligöz von den Grünen und dem Zeit-Journalisten Jochen Bittner diskutiert, ob der Islam zu Deutschland gehört oder nicht. Ich halte es ganz klar mit Horst Seehofer. Ich bin dankbar, dass er ausgesprochen hat, was der Großteil der Menschen in unserem Land denkt. Auch Ahmad Mansour gab mir recht:

„Der Ditib-Islam, dieser politische Islam, der eigentlich nicht zu Deutschland gehören will, orientiert sich auch in Richtung Türkei. Genauso ist der politische Islam nicht Teil von Deutschland, genauso ein Islam, der auf Geschlechterapartheid aufgebaut ist, ein Islam, der ausgrenzt, ein Islam, der salafistisches Gedankengut oder radikales Gedankengut in sich trägt, gehört nicht zu Deutschland.“

Den Beitrag kann man hier anschauen: <https://www.zdf.de/politik/phoenix-runde>. Auch als Berliner Kreis, dessen zweiter Sprecher ich bin, haben wir dazu klare Kante gezeigt. Deutschland ist ein vom Christentum geprägtes Land. Hier lebende Muslime, die

sich integrieren, die christlichen Werte und die deutsche Rechtsordnung achten, sind selbstverständlich Teil der Gesellschaft. Die christliche Prägung bleibt jedoch die Basis des Zusammenlebens in Deutschland. Der Islam in seiner weltweiten Praxis stellt die Gleichberechtigung von Frau und Mann, die Religionsfreiheit und die höherwertige Bedeutung von rechtsstaatlicher Demokratie gegenüber der Scharia in Zweifel.

Ich freue mich, wenn Sie mir gewogen bleiben. Ihnen, Ihrer Familie und all denen, die Ihnen etwas bedeuten, wünsche ich schöne Ostertage.

Wenn Sie mit Ihren Kindern oder Enkeln – vielleicht im Schnee – Ostereier suchen, erzählen Sie ihnen dabei auch von der frohen Botschaft des Ostermorgens.

Ihr



#### **Weiterleitung des Briefes**

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

#### **Aufnahme in den Verteiler**

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an [klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de).

#### **Veröffentlichung**

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

#### **Archiv**

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

#### **Facebook**

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.



<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>